

Geschäftsordnung des Landesschiedsgerichts NRW der Partei der Humanisten

Diese Geschäftsordnung wurde in der Sitzung des Landesschiedsgerichts NRW der Partei der Humanisten am 20.01.2019 beschlossen.

§ 1 Sitzungen

§ 1.1 Das Schiedsgericht berät sich fernmündlich oder persönlich in geschlossenen Sitzungen. Der Zeitpunkt der Sitzung muss unter den drei Landesschiedsrichter(inne)n abgesprochen werden.

§ 1.2 Das Landesschiedsgericht tagt nach Bedarf - aber spätestens einen Monat nach Anrufung. Diese Frist kann in Ausnahmefällen begründet verlängert werden.

§ 1.3 Das Schiedsgericht ist beschlussfähig, wenn drei Richter/innen anwesend sind.

§ 1.4 Die Tagesordnung wird vorab besprochen und während der Sitzung zu einem Protokoll ausgearbeitet. Auf der Tagesordnung werden alle laufenden Anrufungen und Verfahren geführt.

§ 2 Anrufungen

§ 2.1 Mit der Anrufung wird beim Bundesvorstand der Mitgliedschaftsstatus des Anrufenden abgefragt.

§ 2.2 Anrufungen erhalten ein Aktenzeichen und werden bei Eingang bestätigt. Das Aktenzeichen setzt sich zusammen aus dem Kürzel LSG-NRW_ JJJJ_MM_TT (Datumsangabe) und bei Bedarf einer laufenden Nummerierung der an diesem Tag eingegangenen Fälle. Bei Bedarf kann das Aktenzeichen in einer späteren Sitzung geändert werden. Das Aktenzeichen wird bei jeder Kommunikation in Vorbereitung und während eines Verfahrens verwendet. Bei E-Mails ist es im Betreff zu führen. Sind die der Anrufung beigefügten Dokumente nicht lesbar oder offensichtlich unvollständig, so wird zur Nachbesserung aufgefordert.

§ 2.3 Der Schriftverkehr wird durch den Vorsitzenden durchgeführt.

§ 2.4 Sollte der Vorsitzende nicht zur Verfügung stehen, kann für den jeweiligen Fall unter den beiden verbliebenden Landesschiedsrichtern ein anderer Vorsitzender gewählt werden.

§ 3 Transparenz

§ 3.1 Jede Sitzung und jeder Austausch zwischen den Landesschiedsrichter(inne)n bezüglich einer Anrufung muss dokumentiert werden. Die beteiligten Parteien dürfen die Protokolle auf Anfrage einsehen.

§ 4 Verhandlung

§ 4.1 Die Streitparteien werden per E-Mail mit einer Frist von 7 Tagen nach der Falleröffnung von dem/der Vorsitzenden über den Fall informiert. Der Fall wird innerhalb eines Monats nach Anrufung des Landesschiedsgerichts durch dieses eröffnet.

§ 4.2 Beteiligte müssen 14 Tage vor einer geplanten Anhörung über diese in Kenntnis gesetzt werden. In der Ladung ist darauf hinzuweisen, dass bei unentschuldigtem Fernbleiben das Gericht nach Aktenlage entscheiden kann. Erfolgt von Seiten der Parteien kein Widerspruch binnen 7 Tagen, wird die Verhandlung fernmündlich durchgeführt.

§ 4.3 Mündliche Verhandlungen finden in der Regel im Rahmen einer nicht-öffentlichen Telefon- oder Videokonferenz statt. In begründeten Ausnahmefällen kann eine Verhandlung ganz oder teilweise auch persönlich oder in Schriftform durchgeführt werden. Die Beteiligten können ein partei-öffentliches Verfahren beantragen. Darüber entscheidet das Landesschiedsgericht. Nur die beteiligten Parteien sind redeberechtigt.

§ 5 Beschlüsse

§ 5.1 Beschlüsse werden durch einfache Mehrheit der dem Verfahren angehörigen Richter/innen getroffen und müssen protokolliert werden.

§ 6 Urteile

§ 6.1 Urteile werden durch einfache Mehrheit der dem Verfahren angehörigen Richter/innen gefällt.

§ 6.2 Über die Leitsätze (Zusammenfassung des Urteilstexts) kann im Umlaufverfahren entschieden werden. Der/die Vorsitzende ist für die zeitnahe Erstellung des Urteilstexts verantwortlich. Die beteiligten Schiedsrichter/innen müssen den Urteilstext vor dem Beschluss mindestens fünf Tage einsehen und Änderungen beantragen können. Über das Urteil wird auf der folgenden Sitzung entschieden. Enthaltungen sind dabei nicht zulässig.

§ 6.3 Das Urteil und Beschlüsse haben eine Darstellung des Sachverhalts, die gestellten Anträge und eine Begründung zu enthalten. Anschließend wird den Streitparteien eine von dem/der Vorsitzenden unterzeichnete Ausfertigung des Urteils per Post zugesandt. Zusätzlich kann das Gericht den Streitparteien das Urteil auch elektronisch über den offiziellen Partei-E-Mail-Account übersenden.

§ 7 Dokumentation

§ 7.1 Nach Abschluss des Verfahrens werden das Urteil und die verfahrensbestimmenden Dokumente archiviert. Briefe und andere physische Schriftstücke müssen digitalisiert werden.

§ 7.2 Einsicht in die Verfahrensakten ist beim Schiedsgericht zu beantragen.

§ 8 Ersatzrichter/innen

§ 8.1 Sollte eine/r der Landesschiedsrichter/innen nicht zur Verfügung stehen, wird ein/e Ersatz-Landesschiedsrichter/in zu dem Verfahren hinzugezogen. Sollte kein/e Ersatz-Landesschiedsrichter/innen zur Verfügung stehen, wird ein/e Schiedsrichter/in aus dem Bundesschiedsgericht zu dem Verfahren hinzugezogen.

§ 9 Vorsitzende/r

§ 9.1 Das Landesschiedsgericht bestimmt aus seinen Reihen mit einfacher Mehrheit eine/n Vorsitzende/n. Eine Neuwahl ist jederzeit auf Antrag eines Schiedsgerichtsmitglieds möglich.

§ 9.2 Die Aufgaben des Vorsitzenden sind die Erstellung und Archivierung der Verfahrensdokumentation und die Erstellung der Sitzungsprotokolle. Jede Aufgabe kann nach Bedarf von Fall zu Fall an einen anderen Richter delegiert werden.

§ 9.3 Bei Befangenheit oder Nichtverfügbarkeit kann für die entsprechenden Fälle ein/e anderer Vorsitzender gewählt werden.

§ 10 Geschäftsordnung

§ 10.1 Die Geschäftsordnung kann auf Sitzungen mit einfacher Mehrheit der Richter/innen geändert werden.

§ 11 Briefe an das Schiedsgericht

§ 11.1 Der Landesvorstand wird angewiesen, Schreiben an das Landesschiedsgericht vertraulich zu behandeln und unverzüglich ungeöffnet an eine/n der Richter/innen des Landesschiedsgerichts weiterzuleiten. Das Landesschiedsgericht ist über den Eingang eines Schriftstücks unverzüglich per E-Mail zu benachrichtigen.

§ 12 Schlussbestimmungen

§ 12.1 Diese Geschäftsordnung gilt ab dem Beschlusstag.